Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 170 (2004)

Heft: 11

Artikel: Nationale Sicherheit und Leadership : ein Wunschtraum

Autor: Regli, Peter

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-69305

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Nationale Sicherheit und Leadership: ein Wunschtraum

Europa und die übrige Welt stehen im Banne der allgemein bekannten, aktuellen sicherheitspolitischen Herausforderungen. Insbesondere der durch Brutalität und Menschenverachtung geprägte und alle gängigen Spielregeln missachtende islamistische Terrorismus verunsichert Bevölkerungen und Regierungen. Letztere scheinen diesen Herausforderungen immer weniger gewachsen zu sein.

Peter Regli

Ich träumte: «Die Schweizer Regierung nimmt diese Lage sehr ernst. Sie will, in Anbetracht der Stimmung im Lande, das verlorene Vertrauen bei Wirtschaft und Bevölkerung mit klarer Führung (Leadership) zurückgewinnen. Sie ist sich der Verwundbarkeit des demokratischen Rechtsstaates gegenüber den asymmetrischen Herausforderungen, hauptsächlich nach 9/11 (USA) und 3/11 (Madrid), bewusst geworden. Der Bundesrat hat die neuesten Erkenntnisse aus dem globalen Terrorkrieg und insbesondere aus dem im August 2004 erschienenen 9/11-Schlussbericht der US Senatskommission durch eine Expertengruppe gründlich auswerten lassen. In einer internen Klausur wurden daraus Folgerungen für die nationale Sicherheit definiert. Unsere nationalen Interessen wurden intensiv besprochen, überprüft und zum Teil neu definiert. Es wurde festgelegt, dass in den Sitzungen der Lenkungsgruppe Sicherheit wie auch des Sicherheitsausschusses des Bundesrates primär die Wahrung der nationalen Interessen und daraus folgend Strategieschöpfungsmodelle besprochen werden sollen. Der Orientierung durch die Nachrichtendienste und den daraus zu definierenden Nachrichtenbedürfnissen des Bundesrates soll dabei hohe Priorität gewährt werden.

Die Bundeskanzlei wird beauftragt, pro Halbjahr eine 48 Stunden dauernde strategische Führungsübung für den Bundesrat zu organisieren. Alle Mitglieder der Landesregierung werden unter Zeitdruck, mit aktuellen Szenarien, in der Technik des Denkens des Undenkbaren, dem Erwarten von Unerwartetem und im Krisenmanagement beübt. Die Resultate aus diesen Ausbildungszyklen werden in Form von individuellen Leistungsanalysen, in einem internen Bericht, ohne Kopien für die Sonntagsmedien, festgehalten.

Die Departemente, welche Sicherheit produzieren, haben diesen Elan der Regierung in der Beurteilung der Lage genutzt und unverzüglich, unbürokratisch eigene Anpassungen vorgenommen.

Die verantwortungslosen Entscheide der Aera Ogi im Bereich Nachrichtendienste werden nachhaltig korrigiert. «Glasnost im Nachrichtendienst» wird offiziell als Unwort vom Begriffskatalog gestrichen. Der Nachrichtendienst wird durch die oberste politische Führung wieder als «erste Verteidigungslinie» anerkannt. Der strategische Nachrichtendienst beim Chef VBS wird erneut dem Direktor des militärischen Nachrichtendienstes unterstellt. Somit hat die Armee (nach dessen Verlust im Jahr 2000) wieder einen eigenen, leistungsfähigen Nachrichtendienst. Die Armee beschränkt sich auf ihre Kernkompetenz. Wehrmänner werden ausschliesslich als Wehrmänner eingesetzt. Botschaftsbewachungen gehören definitiv zum Grundauftrag der Polizei. Die Katastrophenhilfe, das Pistenstampfen bei Skirennen, der Parkplatzdienst bei Grossanlässen, die Hilfsdienste bei Masters Golfturnieren und das Betreuen von Ferienlager werden durch den Bevölkerungsschutz (allenfalls verstärkt durch den Zivildienst) sichergestellt.

Der Chef des Dienstes für Analyse und Prävention im Bundesamt für Polizei wird zusätzlich zum nationalen Nachrichtenkoordinator ernannt und hat in dieser Eigenschaft, als «Frühwarner», jederzeit direkten Zugang zum Bundespräsidenten. Der amtierende Nachrichtenkoordinator im VBS verlässt den Bundesdienst im gegenseitigen Einvernehmen.

Bund und Kantone haben sich trotz grosser Widerstände geeinigt, in Anbetracht der sich verschlechternden allgemeinen Sicherheitslage, die durch USIS erkannten Lücken im Polizeiwesen doch zu schliessen. Der Bund stellt die notwendigen Mittel bereit, um den Kantonen in den kommenden fünf Jahren 1200 Polizeistellen zu finanzieren. Das Geld geht zu Lasten des Budgets des VBS. Die Polizeikorps erhalten zusätzliche Befugnisse, um präventiv Nachrichten beschaffen und suspekte Personen kurzfristig anhalten zu können, mit dem Ziel, dem Terrorismus die Operationen im Vorfeld von Angriffen zu erschweren.

Den durch die politischen Entscheide der letzten 14 Jahre stark geschwächten Nachrichtendiensten werden zusätzliche Mittel und Kompetenzen gegeben. Die Anpassung der gesetzlichen Grundlagen für präventives Handeln wird durch das Bundesamt für Justiz bearbeitet. Das Dispositiv der Verteidigungsattachés im VBS wird reduziert. An Stelle der aus dem Ausland zurückgerufenen Offiziere werden nachrichtendienstliche Residenten eingesetzt.

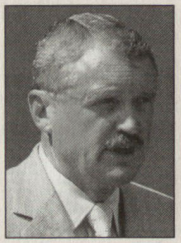
Die SP und die Grüne Partei machen sich auf Grund der Ängste in der Bevölkerung Sorgen um die Sicherheit ihrer WählerInnen. Sie beantragen dem Bundesrat die Bildung einer nationalen Polizei, abgestützt auf die Militärpolizei, mit ähnlichen Aufgaben und Befugnissen wie die italienischen Carabinieri. Mit der statistisch belegbaren Zunahme von Gewalt, insbesondere der Ausländerkriminalität, will man Kantonsgrenzen überschreitend mehr Polizeipräsenz ermöglichen und rascheres Handeln sicherstellen. Die CVP springt auf den Wagen auf und unterstützt die Vorlage. Die FDP («meine» FDP) überlegt sich ernsthaft, ob das Thema «nationale Sicherheit» nicht doch im Parteiprogramm der kommenden fünf Jahre enthalten sein sollte.

Die SVP schaut diesem Treiben interessiert zu und unterstützt ihren Justizminister in seinen Bemühungen, in Libyen und Mazedonien die Öffnung von durch die Schweiz finanzierte Aufnahmezentren für renitente, illegale, papierlose Migranten zu realisieren.

Und die Medien? Diese haben festgestellt, dass ihre Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung einen Tiefpunkt erreicht hat. Sie sind sich bewusst, dass wieder vermehrt objektive Berichterstattung und weniger Manipulation in die tägliche Arbeit einfliessen muss. Mutige Medienleute haben den «Journalistenpranger» gegründet. Dieser «mediale Gerichtshof» soll schwarze Schafe, Falschmelder, welche den guten Ruf der korrekt arbeitenden Journalisten regelmässig beeinträchtigen und durch ihre Untaten viel Schaden anrichten, verurteilen und einzeln öffentlich massregeln. Immer mehr wird auch eine journalistische Produktehaftung gefordert. Die inskünftige Sicherheitslage wird ausschliesslich begleitet durch eine pflichtbewusste, wahrheitsgetreue und von ethischen Grundsätzen geprägte Medienarbeit.

Wo stehen in diesem Wunschtraum die Bürgerinnen und Bürger? Diese denken wieder mehr ans Gemeinwohl, sie besinnen sich zurück an die Werte und Vorzüge ihres Landes und seines Volkes, sie verlassen die reine Spassgesellschaft und sind erneut bereit zu dienen und zur Übernahme von mehr Verantwortung. Frau und Herr Schweizer bewegen sich im täglichen Leben mit einem gesunden Misstrauen gegenüber potentiellen Gefährdungen, schauen aber auch gleichzeitig wieder zuversichtlicher in die Zukunft.»

Und zum Schluss: Wunschträume können, glücklicherweise, nicht verboten werden! ■



Peter Regli,
Dipl. Ing. ETHZ,
Divisionär a D,
3067 Boll.